



Medienmeldung, 4. Februar 2016

Kantonaler Asyl-Gipfel geplant

Durch die stark steigenden Flüchtlingszahlen in den vergangenen Monaten wurden die Aufnahmekapazitäten des Kantons Solothurn stark belastet. Nur dank des erhöhten Einsatzes kantonaler und kommunaler Stellen konnte eine akzeptable Situation geschaffen werden. Aktuell sind aufgrund der Witterungsverhältnisse leicht reduzierte Flüchtlingszahlen zur Kenntnis zu nehmen. Dies kann sich aber rasch ändern. Aus diesem Grund planen das Amt für Soziale Sicherheit ASO und der VSEG im Lauf des Frühjahrs einen kantonalen Asyl-Gipfel, um politische Gremien auf kantonaler wie auch auf Gemeindeebene über die aktuelle Situation und deren Anforderungen zu informieren. Nur dadurch könne die notwendige Akzeptanz erreicht werden, zum richtigen Zeitpunkt bereit zu stehen und die notwendigen Massnahmen umsetzen zu können.

VSEG will keine Mehrkosten durch Demenzbetten

Das RAI (Resident Assessment Instrument) - RUG (Resource Utilization Groups) ist ein umfassendes System zur Bewohnerbeurteilung, Pflegeplanung, Qualitätssicherung und Kostensteuerung im stationären Langzeitpflegebereich. Danach werden Bewohnende von Alters- und Pflegeheimen je nach individuellem Bedarf in zwölf Pflegestufen eingeteilt. Es ist in der Kompetenz der Kantone, die Kalibrierung des Systems vorzunehmen.

Das Krankheitsbild Demenz wurde bis dato im System RAI-RUG nicht spezifisch abgebildet, obwohl seit längerer Zeit vermutet wurde, dass die Pflege dieser Patienten teurer ist. Eine daraufhin in Auftrag gegebene Studie belegte, dass die Pflege von Patienten und Patientinnen mit Demenz zeitaufwändiger ist und für die Pflegeheime ein Verlustgeschäft darstellt. Die Anpassung der finanziellen Abgeltung sei daher gerechtfertigt. Ausserdem würde sich der Mangel an geeigneten Plätzen ohne höhere Abgeltung weiter verschärfen, so das DDI. Da die Patienten nicht weiter belastet werden können, schlug das DDI dem VSEG vor, die Restkostenfinanzierung unter Kanton, Gemeinden und den Krankenversicherern aufzuteilen. Es schlug dabei die Rekalibrierung der entsprechenden Pflegestufen vor und zwar nach einem Modell, das den Gemeinden Mehrkosten von 1 bis 1,5 Mio Franken jährlich bringen würde. Der Vorstand des Verbands Solothurner Einwohnergemeinden VSEG hat sich aber mit nur einer Gegenstimme für ein Modell ausgesprochen, welches keine finanzielle Mehrbelastung für die Gemeinden bringen soll.

Sie sprachen sich also explizit dafür aus, dass die Neukalibrierung nicht dazu führen dürfe, die Kosten für die Pflegefinanzierung gemeindeseitig weiter aufzublähen. Ebenso vertritt der VSEG hier klar die Meinung, dass es nicht Aufgabe der Gemeinden ist, Demenz-Krankheitskosten durch die öffentliche Hand zu finanzieren. Dies ist Sache der Krankenkassen und soll auch von diesen getragen werden!

Für Rückfragen:

Kuno Tschumi, Präsident VSEG, Tel. 032 681 32 30, tschumi.vseg@derendingen.ch
Thomas Blum, Geschäftsführer VSEG, Tel. 032 675 23 02, info@vseg.ch